

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

14.4.1923 (No. 87)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Sprechstunde:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für April 6000 A — Einzelnummer 200 A — Anzeigengebühr: 125 A für 1 mm Höhe und ein Zehntel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Werbungen tariflicher Natur, der als Kassentabell gilt und erweitert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverbot, zwangsweiser Verbreitung und Konsumverboten fällt der Rabatt fort. Erlaubnisort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Walschmenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Badischer Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat.

Die lebhafteste Entwicklung, in der die Wasserwirtschaft und Elektrizitätswirtschaft in Baden zurzeit stehen, hat bei der badischen Regierung den Wunsch gereizt, die beteiligten Kreise des Wirtschaftslebens zur Beratung der einschlägigen Fragen mit heranzuziehen. Der im Jahre 1909 gegründete Wasserwirtschaftsrat, der bisher zu einer einzigen Tagung einberufen worden war, konnte indessen den heutigen Anforderungen nicht mehr voll entsprechen. Es wird daher in den nächsten Tagen ein neuer Landeselektrizitäts- u. Wasserwirtschaftsrat durch Verordnung des Staatsministeriums ins Leben gerufen werden, der sich in seiner Zusammensetzung aber an den früheren Wasserwirtschaftsrat anlehnt, diesen aber nach verschiedenen Richtungen noch ausbaut. Dabei mußte jedoch die Zahl der in diese Körperschaft zu berufenden Persönlichkeiten nach Möglichkeit beschränkt werden, um einerseits die Verhandlungsfähigkeit der Körperschaft zu erhöhen, andererseits einen allzu hohen Aufwand an Tagelohn und Reisekosten zu vermeiden. Es mußte daher von vornherein darauf verzichtet werden, das Gewicht der einzelnen Gruppen von Beteiligten etwa durch die Zahl der von den einzelnen Gruppen zu Berufenden zum Ausdruck zu bringen. Dies möge insbesondere von allen denjenigen Kreisen berücksichtigt werden, deren Wünsche hinsichtlich der Zahl ihrer Vertreter etwa nicht voll erfüllt sein sollten. Sie können versichert sein, daß den Ausführungen eines einzelnen Vertreters ein ebenso starkes Gewicht zukommen kann, wie den Ausführungen einer Mehrzahl von Vertretern.

Eine Vereinfachung wurde auch in der Richtung angestrebt, daß umständliche und kostspielige Wahlen von Vertretern vermieden werden, und daß an deren Stelle grundsätzlich die Berufung von Vertretern durch die gesellschaftlichen oder freiwillig organisierten Verbände der einzelnen Wirtschaftskreise treten soll.

Der Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat hat die Aufgabe, das Arbeitsministerium in Angelegenheiten, welche die Ausbarmachung von Wasserkräften, die Elektrizitätsversorgung des Landes und den Ausbau der Wasserstraßen betreffen, soweit ihnen eine allgemeine Bedeutung zukommt, zu beraten. Dabei wird er nach seiner Zusammensetzung insbesondere auch die Wünsche der Abnehmerkreise der Elektrizitätsunternehmen des Landes zu erörtern und gegen die Interessen der gleichfalls vertretenen Werke abzuwägen haben.

* Die auswärtige Politik der Großmächte.

Als kürzlich bei einem der geselligen Abende beim badischen Staatspräsidenten der Karlsruher Hochschulprofessor für Geschichte Dr. Schnabel, einen Vortrag über die Rheinpolitik der Franzosen hielt, wurde dieser Vortrag von allen Anwesenden als ein höchst willkommenen Beitrag zur besseren Betrachtung der heutigen weltpolitischen Lage empfunden; es wurde aber auch hier und da der Wunsch geäußert, einmal eine knappe und wirklich zuverlässige Darstellung der auswärtigen Politik aller Großmächte zu empfangen.

Dieser Wunsch wird jetzt befriedigt durch das Erscheinen eines Buches, auf das wir um so lieber empfehlend aufmerksam machen, als es in seinen Grundzügen von denselben Auffassungen ausgeht, die wir an dieser Stelle vertreten haben. Das Buch betitelt sich „Die auswärtige Politik der Großmächte 1494/1919“ und ist verfaßt von dem außerordentlichen Geschichtsprofessor an der Universität Heidelberg, Wolfgang Windelband (422 Seiten, Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart).

Hier bekommt unser deutsches Volk ein historisch-politisches Werk dargeboten, das ihm am besten den Weg weisen kann zum Verständnis der heutigen weltpolitischen Lage. Und diese Anerkennung der Arbeit Windelbands besteht auch dann noch zu Recht, wenn man in einigen Punkten die politische Beurteilung für nicht ganz zutreffend hält. Allerdings setzt das Buch gewisse geschichtliche Vorkenntnisse voraus. Der Leser muß ungefähr den großen Gang der geschichtlichen Ereignisse in den letzten Jahrhunderten vor Augen haben, wenn er einen jeden Satz des Buches verstehen will. Aber auch der mit geschichtlichem Wissen unbeschwerte Leser wird sehr rasch die roten Fäden, die sich durch die Arbeit ziehen, aufnehmen können und im Großen und

Ganzen sehr wohl imstande sein, das zu verstehen, was Windelband klar machen will.

Dem Politiker, dem Publizisten, dem Lehrer und dem Geschichtsfreund, d. h. also allen Volksgenossen, bei denen geschichtliche Kenntnisse voraussetzen sind, wird die Lektüre des Buches nicht nur reiche Belehrung und Anregung bringen, sondern ihnen geradezu einen Genuß bereiten, da hier, zum ersten Mal in solcher Form, in überaus lebendiger und fesselnder Sprache, in einem musterhaften Stil die außenpolitischen Zusammenhänge jener geschichtlichen Vorgänge geschildert werden, die die große Masse bisher nur im Einzelnen kannte und nach dieser Einzelkenntnis bewertete. Windelband zeigt uns im seinem Werk die auswärtige Politik der Großmächte als Ganzes. Und naturgemäß wird dadurch die Beurteilung der Vorgänge auf ein ganz anderes Niveau gehoben. Der Standpunkt des Verfassers und damit auch der des Lesers ist so, daß jetzt weiteste Strecken überblickt werden können, und Zusammenhänge klar werden, die bisher nicht so ohne Weiteres erkannt werden konnten, und auf die einzugehen in den Schulen bisher im Allgemeinen vermieden wurde.

Man könnte sich denken, daß auf der Grundlage des Windelband'schen Werkes ein für Lehrer und Schülern zurechtgemachtes Lehrbuch entstände, das denen, die es lesen, dann jedenfalls zehnmal mehr wirkliche Kenntnis und Erkenntnis übermitteln würde, als das bei dem heutigen Geschichtsunterricht, der sich doch vielfach nur an Einzelthaten und an einzelne Daten, an markante Ereignisse, wie Schlachten z. B. hält, der Fall ist.

Die historische Zurechtweisung und Ehrlichkeit des Buches ist und bleibt seine beste Empfehlung. Es ist in wissenschaftlicher Hinsicht absolut einwandfrei. Der Verfasser ist nicht nur theoretisch ein Vertreter der Forderung, daß die geschichtliche Forschung und Darstellung objektiv zu sein habe, sondern er setzt dieses sein Postulat auch selber unmittelbar in die Wirklichkeit um. Er sucht nach Erkenntnis, und er hält es wohl auch, vom vaterländischen Gesichtspunkt aus gesehen, für das Beste, wenn unser ganzes Volk dieser Erkenntnis teilhaftig wird.

Man lese einmal die Ausführungen Windelbands (fol. 254), in denen er sich mit jener Gesichtsauffassung auseinandersetzt, die um des sog. nationalen Zweckes willen eine Persönlichkeit, wie Napoleon I., der Deutschland so tief demütigte, nur deshalb abfällig beurteilt, weil sie sich diese Demütigung gestatten durfte. Es ist, so sagt Windelband, eine der traurigen Begleiterscheinungen des Weltkrieges gerade in geistiger Beziehung, daß ein falsch verstandener und verletzter Patriotismus derartige, durch nichts anderes als das reine Streben nach Wahrheit hervorgerufene Verurteilungen (nämlich einer gerechten Beurteilung Napoleons I.) für unvaterländisch erklären will. Auch erste Historiker sind der Massen suggestion unterlegen und haben in den Ruf eingestimmt, daß der Mann, der Deutschland erniedrigt hat, wie kein anderer, bis auf unsere Tage, notwendig moralisch verwerflich sein müsse, und daß deshalb solche „Rechtferdigungen“ zu unterbleiben hätten. Es ist eine eigentümliche Auffassung von Wissenschaft, die anderen großen Eroberer der Weltgeschichte als Heroen zu preisen und über Napoleon den Stab zu brechen, weil eben unser Deutschland sein Opfer gewesen ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu rechtfertigen oder zu verurteilen, sondern zu verstehen, „wie es gewesen ist.“ Die schulmeisterliche Pedanterie, die in der Politik uns so fürchterlichen Schaden zugefügt hat, sollte nicht auch in der Wissenschaft Platz greifen.

Einem Historiker, der solche Worte schreibt, wird man sich gerne anvertrauen wollen. Selbstverständlich wird durch diese wissenschaftliche Objektivität die Tatsache, daß Windelband ein Deutscher ist und als Deutscher empfindet, nicht im geringsten beeinträchtigt. Man muß nur einmal die Kapitel lesen, die sich mit Bismarck beschäftigen; hier schimmert bei aller Sachlichkeit und bei aller Objektivität ein vaterländischer Stolz durch seine Darstellung hindurch, den wir wohl mitempfinden können.

Was den Weltkrieg betrifft, so beurteilt Windelband die deutsche und österreichische Politik eher um eine Nuance zu nachsichtig. Und so laufen denn hier und da Ansichten unter, die wir nicht unterschreiben möchten. Aber im Ganzen genommen, bedeutet gerade dieser Teil seines Buches eine historische Beurteilung des alten Staates und der auswärtigen Politik unter Wilhelm II., wie sie von der Geschichtswissenschaft bisher kaum rückhaltlos ausgesprochen wurde.

Er spricht von der „unverzeihlichen Schuld der Reichsleitung“, er hat richtig erkannt, daß Flottenbau und

deutsche Orientpolitik England und Rußland zusammenzuziehen mußten, er stellt fest, daß die deutsche Politik zu sehr auf materielle und zu wenig auf psychologische Momente eingestellt war und daher den Eindruck brutaler Plumpheit erweckte, er nennt unser damaliges Auftreten „drohend und brüsk“ im Anfang, zurückweichend im weiteren Gang der Ereignisse, er verurteilt unser Verhalten auf der Saager Konferenz und die ablehnende Haltung von Tirpitz bei den Verhandlungen mit England. Er gibt zu, daß „auf der anderen Seite die Zahl der Alliierten von Monat zu Monat gewachsen sei, zum guten Teil durch schlimme Fehler der deutschen Diplomatie.“ Und er schreibt in diesem Zusammenhang den nicht mehr zu erschütternden Satz, daß „die weltpolitische Einsicht der deutschen Staatsmänner unzureichend gewesen ist, und daß ihre Kurzsichtigkeit und Befangenheit in eingefahrenen Geleisen fürchterliche Folgen für das deutsche Volk gehabt hat.“

Im übrigen hebt seine Darstellung die Geschichte des Weltkrieges aus dem Streit der gegenseitig sich bekämpfenden Nationalismen, aus der moralisierenden Disputation über die Schuldfrage heraus in den Bereich historischer Erkenntnis. Und da sehen wir denn von neuem, daß diese ganze Disputation an sich ein Fehler ist, weil sie den wirklichen Tatsachen und Zusammenhängen gar nicht gerecht wird und praktisch die Bahn zum Wiederaufbau nicht frei macht. Politische Gründe werden Deutschland vielleicht oder wahrscheinlich retten, moralische aber gewiß nicht. Das ist erbärmlich und eine Schande für die ganze Menschheit, aber es ist nun einmal so.

Wir schließen mit einer nochmaligen warmen Empfehlung dieses Buches. Es wurde lange vernachlässigt und verdient doppelt herzlich begrüßt zu werden, nun es da ist. Es sollte in keinem Hause fehlen, in welchem man auf eine einigermaßen selbständige Beurteilung der außenpolitischen Ereignisse des Tages Wert legt. Es ist hierfür die beste Grundlage und bietet den Genuß einer wahrhaft anregenden, ja teilweise geradezu spannenden Lektüre.

Curt Amend.

Politische Neuigkeiten.

Die Konferenz am Quai d'Orsay.

Die belgischen Minister Theunis und Jasper sind gestern kurz nach 1 Uhr mittags in Paris eingetroffen und haben in der belgischen Botschaft gesuldet. Die Konferenz am Quai d'Orsay begann um 3 Uhr 25. Belgischerseits wohnte ihr außer den beiden Ministern der Vorkonferenz in Paris, Baron Gaffier d'Hostoy, bei; französischerseits nahm außer Poincaré, der Finanz- und der Kriegsminister sowie die Minister für die befreiten Gebiete und für öffentliche Arbeiten teil. Außerdem waren der Leiter der französisch-belgischen Ingenieurkommission im Ruhrgebiet, Guilleaume, und der Direktor der französisch-belgischen Eisenbahnregie im besetzten Gebiet, Bréaud, zugezogen. Um 7 Uhr abends war die Sitzung beendet. Der Presse wurde folgendes Communiqué übermittelt:

„Die belgische und die französische Regierung, in gleicher Weise entschlossen, ihre Aktion im Ruhrgebiet fortzusetzen, bis Deutschland sich entschließt, unmittelbare Vorschläge für die Bezahlung der Reparationen zu machen, haben eine ganze Reihe neuer Maßnahmen ins Auge gefaßt, um ihren Druck zu verstärken und ihn so lange fortzusetzen, wie es nötig sein wird. Sie haben außerdem eine Anzahl von Beschläffen getroffen, um die Abfuhr von Kohle und Holz zu beschleunigen, um den Eingang der Kohlensteuer sicherzustellen und um den Betrieb der Eisenbahnregie immer mehr zu verbessern. Sie werden morgen vormittag wieder zusammentreten, um namentlich die Fragen der Durchführung der interalliierten Dienststellen, der Verwendung des Ertrages der Pfänder, der Geldstrafen und der Kapitalbeschlagnahme sowie der Sachlieferungen usw. zu prüfen.“

London zur französisch-belgischen Aussprache.

Die französisch-belgische Aussprache, obwohl an sich nichts Ungewöhnliches, da eine solche alle paar Wochen stattfindet, erregt das starke Interesse Londoner politischer Kreise, weil erwartet wird, daß Loucheurs Bericht zur Sprache kommt, in dem gesagt wird, daß Bonar Law den Wunsch geäußert habe, die französische Regierung möge die von Loucheur privatim vorgetragenen Ideen offiziell nach London übermitteln. Der französische Botschafter wurde nach seiner Rückkehr aus Paris von Bonar Law empfangen. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitteilt, überbrachte Herr St. Anlaire naturgemäß keine Vorschläge, sondern begnügte lediglich, nochmals vor der französisch-belgischen Konferenz und der erwarteten Erklärung Poincarés in Dünkirchen die englische Meinung über gewisse Punkte zu erfahren, was gewissermaßen sich offiziell bestätigen zu lassen, was Loucheur geantwortet wurde. Bonar Law soll anerkannt haben, daß man, nachdem die Ruhraktion einmal erfolgt sei, billigerweise nicht verlangen könne, daß sich Frankreich zurückziehe, bevor

man in der Zusammenarbeit mit England von deutscher Seite nicht nur befriedigende Bedingungen, sondern wirkliche Garantien und ein beträchtliches Maß von Ausführung erzielt habe. Angleich wünschenswert aber eine Interpretation darüber, was mit der Phrase von der protestanten Räumung und mit der Bedingung gemeint sei, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht restlos räume, bevor alles erfüllt sei. Im übrigen seien Bonar Law und der Reichstag einig, daß nur ein konkretes und inhaltreiches deutsches Angebot Aussicht hätte, gehört zu werden. Die Aussprache blieb auf solche Vorfälle beschränkt, insbesondere kam es zu keiner Erörterung der interalliierten Schulden oder der Rheinlandfrage. Die Auffassung herrscht in London vor, daß eine Erklärung des Reichstages wenig förderlich sei, wenn sie an Stelle eines konkreten Vorschlags lediglich den Gedanken eines internationalen Schiedsgerichts wiederhole.

Eine deutsche Protestnote an Frankreich.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben: Der frühere Reichsminister Giesberts, der frühere preussische Ministerpräsident Siegelwald und der Staatssekretär in der Reichskanzlei Hamm, sämtlich Mitglieder des Reichstages, die sich zur Teilnahme an der Beisetzung der am Osterfesttag gebliebenen Arbeiter nach Essen begeben wollten, sind am 9. April, abends gegen 10 Uhr, in Schornhorst von den Kontrollorganen der französischen Besatzungsarmee aus dem Zug geholt und festgenommen worden. Die Festnahme wurde gegenüber den Herren Giesberts und Siegelwald mit dem Verdacht, daß sie im Auftrage der Regierung reisten, gegenüber dem Staatssekretär Hamm mit der Behauptung begründet, daß er als Mitglied der Reichsregierung auf der Liste der bei einer Einreise in das Einbruchgebiet zu verhaftenden Personen stehe. Obwohl die Herren Giesberts und Siegelwald auf den rein privaten Charakter ihrer Reise hinwiesen, und obwohl der Staatssekretär Hamm darlegte, daß er nicht Mitglied der Reichsregierung sei, und von dieser lediglich den Auftrag zur Teilnahme an der Beisetzungsfestlichkeiten erhalten habe, wurden alle drei in Haft gehalten und nachts nach 1 Uhr im Kraftwagen nach Castray gebracht, wo sie den Rest der Nacht ohne jede Schlafmöglichkeit in einem Schuppen zubringen mußten. Am folgenden Morgen gegen 9 Uhr wurden sie von dem französischen Divisionskommandanten empfangen, der die Herren Giesberts und Siegelwald an die Grenze des Einbruchgebietes zurückbrachte, den Staatssekretär Hamm dagegen weiter schickte, um die Entscheidung des kommandierenden Generals abzuwarten. Erst gegen halb 8 Uhr abends wurde Herr Hamm der Befehl des kommandierenden Generals mitgeteilt, der seine Rückkehr nach dem Ort seines Eintritts in das Einbruchgebiet anordnete und ihm zugleich eine neue Einreise unter schwerer Strafe verbot.

Der Vorfall ist ein typisches Beispiel für die rücksichtslose Willkür, mit der die französischen Truppen im Ruhrgebiet gegen Deutsche vorgehen zu dürfen. Es lag hier zutage, daß die Herren Giesberts, Siegelwald und Hamm nichts anderes beabsichtigten, als durch die Teilnahme an den Beisetzungsfestlichkeiten in Essen einen Akt der Pietät zu erfüllen. Sie sind gewaltsam von der Freiheit beraubt worden. Daß die Anordnungen der französischen Befehlshaber, die den Aufenthalt von Mitgliedern der Reichsregierung und der Landesregierungen im Ruhrgebiet zu verhindern wollen, keinerlei Rechtfertigung haben, ist von der deutschen Regierung schon früher festgestellt worden. Aber nicht einmal vom Standpunkt jener Anordnungen kann die jetzt getroffene Maßnahme gerechtfertigt werden, da den französischen Kontrollorganen sofort dargelegt worden ist, daß die Herren Giesberts und Siegelwald überhaupt nicht mehr im Staatsdienst stehen und daß der Staatssekretär Hamm nicht Mitglied der Reichsregierung ist. Die deutsche Regierung protestiert gegen die Behandlung der drei Herren und behält sich vor, für die ihnen angetane Unbill Genugtuung zu verlangen.

Die Verfolgung der Eisenbahner.

Nach einer Savas-Meldung aus Koblenz hat die interalliierte Rheinlandkommission 433 neue Beamtenausweisungen verfügt, die hauptsächlich Zoll- und Eisenbahnbeamte treffen. Gestern vormittag erhielten fünfundsiebenzig Eisenbahnbedienstete der Station Höchst a. M. den Ausweisungsbefehl mit sofortiger Wirkung. Die Familien müssen binnen vier Tagen folgen. Von der Station Höchst wurden gestern sämtliche Eisenbahner vertrieben. Die französische Besatzungsbehörde Wiesbaden erließ gestern mittag gegen sechs Eisenbahnbedienstete, in der Hauptsache Lokomotivführerpersonal den Ausweisungsbefehl. Die Familien müssen bis nächsten Dienstag das besetzte Gebiet verlassen haben.

Außerordentliche Zuwendung für die Beamten und Staatsarbeiter.

Dem Haushaltsausschuß des Reichstages lag der Vorschlag der Regierung vor, den Beamten bis zum 15. April 1/2 und zum 15. Mai 1/4 ihres gesamten gegenwärtigen Monatsentkommens als außerordentliche Zuwendung auszugeben. Die Arbeiter sollen am 15. April und am 11. Mai neben ihrem gewöhnlichen Lohn die tarifmäßigen Bezüge für eine Lohnwoche erhalten. Für die Angestellten, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen ist eine entsprechende Regelung vorgesehen. Geheimrat Kühnemann erklärte, man habe diesen Weg eingeschlagen, um eine Verteuerung der Lebenshaltung, die einer Erhöhung der Steuerzulage folgen würde, hintanzuhalten. Die Spitzenorganisationen hätten nicht förmlich zugestimmt, seien aber bereit, sich mit dieser Regelung abzufinden. Nach Klärung der wirtschaftlichen Verhältnisse werde man zur Erhöhung der Grundgehälter schreiten. Staatssekretär Schröder betonte, daß, wenn es nicht gelinge, das Preisniveau weiter wesentlich zu erniedrigen, natürlich weitere Zahlungen erfolgen müßten. Der Ausschuß nahm die Vorlage der Regierung an.

Unerschütterlicher Wille zur Abwehr.

Zu Beginn dieser Woche fand eine Tagung der führenden Arbeiter und Arbeitnehmer aller Wirtschaftszweige und politischen Richtungen des gesamten besetzten und des Einbruchgebietes statt, die im Anschluß an die Erlebnisse grundlegender wirtschaftlicher Fragen einstimmig folgende Entschlüsse faßte: Die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Richtungen aus dem allbesetzten und den Einbruchgebieten an Rhein, Ruhr, Mosel, Saar und Main sowie aus dem übrigen Deutschland bringen erneut den unerschütterlichen Willen zum Ausdruck, ungeachtet aller Not und Leiden, aller Bedrückungen und seelischer und körperlicher Mißhandlungen den passiven Abwehrkampf fortzuführen. Mit derselben Entschlossenheit, mit der sie jeden aktiven Kampf bezweckten und mit derselben Entschlossenheit, mit der sie jede Möglichkeit zu Verhand-

lungen als Gleichberechtigte erfüllt zu sehen wünschen, lehnen sie die Entgegennahme eines Ultimates ab. Auch sie wollen, daß der Ausgangspunkt jeder Verhandlung die Sicherung der völligen Räumung der Einbruchgebiete sein muß, die Schadloshaltung der durch den Einbruch an Leib und Gut Geschädigten, die Freilassung der widerrechtlich Gefangenen und die Rückkehr aller aus ihrem Wirkungsbereich Vertriebenen. Das Ziel der Verhandlungen soll die Erhaltung des gesamten deutschen Landes und die Lösung des Reparationsproblems sein, die bei der Übernahme aller Reparationsverpflichtungen, die Deutschland tragen kann, uns gestattet, als freie Männer zu arbeiten und zu leben.

Deutscher Reichstag.

Vor Eintritt in die gestrige Tagesordnung verlas der Abg. Wulle (deutschvölkisch) eine Erklärung, wonach Polizeibeamte heute in das Bureau der Reichszentrale der deutschvölkischen Freiheitspartei einbrachen, die Räume abschlossen und das Personal zum Polizeipräsidium führten. Der Leiter der politischen Polizei hat den drei Reichstagsabgeordneten in der Verlogungsanstalt „Deutscher Herold“ einzelne Räume freigegeben, aber nur wenigen Angestellten den Zutritt gestattet. Gegen diesen Gewaltakt des preussischen Innenministers, der einen Verfassungbruch darstelle und eine Verurteilung der Reichstagsabgeordneten erhebe er hierdurch scharfen Protest und erwartet, daß sich die übrigen Parteien mit ihm solidarisch erklären.

Auf Vorschlag des Präsidenten Loebe wurde dem Geschäftsausschuß die Frage zur Prüfung überwiesen, ob die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages durch die geschilderten Vorgänge verletzt worden seien.

Vortag wurde in die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums eingetreten und zwar zunächst beim Eisenbahnbudget.

Der Etat beziffert sich nach den Ausführungen des Berichterstatters im Ordinarium auf fast 5 Billionen Mark. Das Extraordinarium dagegen hat einen Anleihebedarf von 2 Millionen Mark. Die Personalerspärung hat zwar große Fortschritte gemacht, doch treffen auf den Betriebskilometer immer noch 18 Köpfe gegen 13 im Jahre 1913.

Aus mehreren Entschlüssen des Ausschusses, die vorgelegt wurden, sei erwähnt, daß die Freifahrt für Kinder bis zum 6. Lebensjahr und die Kinderfahrkarte bis zum 12. Lebensjahre ausgedehnt werden soll. Zwischen den technischen und nicht-technischen Reichsbeamten soll ein Ausgleich herbeigeführt werden, sowie aus Erprobungsgründen die Zusammenlegung von Klein- und Nebenbahnen. Die Einstellung von neuen Angestellten und Beamten bei der Reichsbahn und die Übernahme aus Gemeinden, Ländern und einzelne Reichsferiensoll unterzogen werden. Für besondere Fälle wird die Genehmigung des Staatshaushaltsausschusses verlangt.

Nach längerer Aussprache, an der sich Redner aller Parteien beteiligten, wurde die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt.

Zuchthausstrafe für Eisenbahndiebe.

Von der 4. Strafkammer des Landgerichts in Köln wurde nach fast siebenwöchiger Dauer der Hauptverhandlung am 8. März d. J. gegen 66 wegen Diebstahl und Heherei Angeklagte, die lange Zeit hindurch die Bünde auf der Strecke Köln-Neuß-Crefeld beurlaubt hatten, ein exemplarisches Strafurteil ausgesprochen. 38 der Angeklagten erhielten insgesamt 41 Jahre 9 Monate Zuchthaus, 25 insgesamt 25 Jahre 2 Wochen Gefängnis und 3 größere Geldstrafen. Einzelnen wurden dazu noch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer bis zu 10 Jahren aberkannt. Der entstandene Schaden wird teilweise aus dem mit Arrest belegten Vermögen der Verurteilten gedeckt. Unter den 66 Verurteilten befinden sich nur 3 Eisenbahnbeamte.

Selbstblockade der Franzosen.

Durch die Ungechlichkeit der offenbar vollkommen ungeübten französischen Schiffsmannschaft ist dieser Tage unterhalb Straßburg die Fahrtrinne im Rhein durch ein gesunkenes Schiff, das zuerst in der schmalen Fahrtrinne festgefahren war, gesperrt worden.

Streik im Straßburger Hafen.

Die Hafendarbeiter im Straßburger Hafen sind in den Streik eingetreten, dadurch ist der Ein- und Ausladebetrieb im Hafengebiet stillgelegt.

Dr. Heim gegen die rechtsradikale Propaganda der Tat.

Abgeordneter Dr. Heim veröffentlicht in der „Bayerischen Staatszeitung“ unter der Überschrift „Und was dann?“ einen Artikel, der die Folgen eines rechtsradikalen Putsches in München bespricht.

Heim weist darauf hin, daß die Folge ein Bürgerkrieg sein werde, in dem das übrige Deutschland nicht ruhig zusehen werde. Alle Kräfte, die da verfügbar seien, würden sich gegen ein rechtsradikales Bayern wenden. Eine Hoffnung auf Unterstützung durch rechtsradikale Gruppen von Norddeutschland sei illusorisch. Gewinne der rechtsradikalen Putsch in besetzten Teilen von Bayern, dann sei es lohniger, daß das umliegende Deutschland in Bayern einmarschiere und gegen die bayerische Rechtsbewegung die Waffen ergreife. Da im gleichen Augenblick Bayern von aller Zufuhr von Rohstoffen jeglicher Art aus dem übrigen Deutschland abgeschnitten sei, könne es sich nur um eine Episode vielleicht von „100 Tagen“ handeln und was dann komme, sei schlechter als vorher. Ein schnelles Erliegen der Betriebe und vor allem der Verkehrsmittel wäre unausbleiblich. Hunderttausende würden hantieren. Hunderttausende von Familien würden sich gegen die Urheber ballen. Auch das Ausland würde, wenn sich die Rechtsradikalen in Bayern trotzdem erhalten und sich gegen das übrige Deutschland wenden würden, nicht ruhig bleiben. Tschechoslowakische Truppen würden von Osten, französische Truppen von Westen und italienische Truppen von Süden sich gegen Bayern in Marsch setzen. Die Folge wäre der Feind im Lande mit allen fürchterlichen Bedrückungen der Besetzung und letzten Endes innerpolitische Reaktion nach links.

Zum Beweis, daß das Ausland nicht ruhig einem Umsturz in Bayern zusehen würde, erzählt Dr. Heim, daß im September 1922, wo der Ministeriumsrat Veranstedt mit Gewalt erzwungen werden sollte — es wurde damals von den bayerischen Volkspartei nahestehenden Verbänden und von der „Bayerischen Staatszeitung“ sehr eindringlich vor Putsch gewarnt — daß der Geschäftsträger eines feindlichen Großstaates offiziell an maßgebenden Stellen habe wissen lassen: „Es dürfe keine Äußerung darüber bestehen, daß im Falle des Gelingens dieses Planes die früheren Feindstaaten nicht ruhig zusehen würden.“ Dr. Heim schließt daher, daß das Ende der von den Rechtsradikalen gepredigten Politik der Tat der Verlust der letzten Rechte der bayerischen Selbständigkeit wäre und daß dann in Bayern sich die Dinge ebenso unangenehm entwickeln würden wie in anderen deutschen Ländern. Alles dies zu über-

sehen, in den Wind zu schlagen und zu handeln, ohne an das Ende zu denken, hält er für ein Verbrechen.

Diese sehr richtigen Betrachtungen werden von der „Bayerischen Staatszeitung“ mit der Einschränkung aufgenommen, daß sie sich in keiner Weise mit den Ausführungen identifiziere und ihre Rechtfertigung allein dem Verfasser überlassen bleibe.

Kurze Nachrichten.

* **Einschränkung der englischen Kolleinfuhr nach Frankreich.** Die „Journée Industrielle“ teilt mit, daß der englische Geschäftsträger in Paris vorgestern bei seinem Empfang bei Boncaré diesem auseinandergesetzt habe, die englische Regierung sei in die Notwendigkeit versetzt, die Kollenfuhren nach Frankreich einzuschränken. Das Blatt gibt diese Nachricht unter Vorbehalt wieder, die jedoch, wie es hinzugefügt, wenn sie sich bestätigen sollte, große Schwierigkeiten für die französische Metallindustrie in sich birge. Seit der Einstellung der regelmäßigen Kollenfuhren aus dem Ruhrgebiet habe der englische Schmiedelohs einen beträchtlichen Anteil an der Versorgung der französischen Hochöfen darzustellen.

* **Warum hat Bayern nicht gelutet?** Die bayerische Demokratische Landtagsfraktion hat folgende Interpellation an die Regierung Knilling eingebracht: „Ist die Staatsregierung in der Lage, aufzuklären und zu begründen, warum das französische Obergelande, das im ganzen Reich für die von den Franzosen in Essen ermordeten Deutschen stattgefunden hat, allein in Bayern unterblieben ist?“

Abgesehen hat das feierliche Totengeld der Kirchen nicht nur im ganzen Reich, außer Bayern, stattgefunden, sondern auch das abgetrennte Danzig hat durch Teilnahme daran sein Zusammengehörigkeitsgefühl zum Reich erneuert gefunden.

* **Die Folter in Lettland.** Durch Verfügung des lettischen Innenministers sind der Kreischef von Aulste, Oberst Verkas, und sechs Angestellte der Kreispolizei aus dem Dienst entlassen worden, weil auf der Baueiser Kreispolizei bei Verhören die Folter angewandt wurde. Von Revisionsbeamten des Ministeriums wurde laut „Rigaer Rundschau“ unter anderem festgestellt, daß ein Geis von 82 Jahren im Amtszimmer des Kreisgefängnisses verhaftet und dabei brutal mißhandelt wurde, daß er während der Vernehmung starb. Die ärztliche Untersuchung stellte fest, daß dem alten Mann u. a. sieben Rippen gebrochen waren, so daß innere Verblutung zum Tode führte. Im vorigen Sommer wurde u. a. ein Unterjunkergefangener in der Weise gefoltert, daß man ihn mit den Füßen gegen die Dede hiebte und mit dem Kopf nach unten hängen ließ. Außer zahlreichen anderen Mißhandlungen wurde festgestellt, daß die Kreisgewaltigen von Aulste recht „großzügig“ mit Staatsmitteln umgingen. So hatte der Kreischef die Pflegerin seiner kranken Frau dadurch entlohnt, daß er sie als Telephonistin mit einem hohen Gehalt in seiner Kanzlei anstellte. Allerdings steckte er rund zwei Drittel ihres Monatsgehältes „aus sozialen Gründen“ in seine eigene Tasche. Auch sein Dienstmädchen und das Dienstpersonal des Kreisgefängnisses wurden nach ähnlichen praktischen Methoden entlohnt. Der Polizeichef und seine Folterknechte wurden jetzt den Gerichten übergeben.

* **Die Propaganda für die russische Luftflotte Ende März** hat in Moskau unter dem Vorhitz des Stützkommandierenden der Roten Armee Kamenew die erste Sitzung des Vereins von Freunden der Luftflotte bei der Kriegsakademie stattgefunden. In den Vorstand wurden gewählt Kamenew, Kroschewnikow, der lettische Bolschewik Stulshof, Krinatow und Aufreijew. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an alle ehemaligen Zöglinge der Kriegsakademie und an alle Personen des Kommandobestandes der Roten Armee zu richten, um möglichst viel Spenden für die rote Luftflotte zu sammeln. In allen Provinzialstädten Sowjetrusslands finden Spenden-sammlungen zugunsten der roten Luftflotte statt. Die offizielle Moskauer „Iswestija“ hatte bis zum 31. März über 760 000 Rubel der Emiffion vom Jahre 1923 für die Luftflotte gesammelt.

* **Eine bolschewistische Handelsexpedition nach Persien.** Angesichts des bevorstehenden Abchlusses des russisch-persischen Handelsvertrages hat die Sowjetregierung beschlossen, nach Persien eine Handelsexpedition zu senden. In dieser Expedition werden die Vertreter verschiedener Wirtschaftsorganisationen und der russischen Orienthandelskammer teilnehmen. Die Expedition verfolgt den Zweck, die persische Kaufmannschaft darüber zu unterrichten, welche Waren gegenwärtig nach Rußland ausgeführt werden und dort auf einen guten Absatz rechnen können. Sowjetrußland wird auch an der landwirtschaftlichen und Gewerbeausstellung teilnehmen, die von der russischen Regierung in Teheran demnächst eröffnet wird.

Badische Wochenrückblicke.

Die neuen Kohlenpreise und städtische Gas- und Stromrechnungen — Forderungen zum Weiterbau am Restorkanal — Der Kohlen- und Maschinenaufbau in Offenburg.

Kürzlich brachten wir in unserer Zeitung eine kurze Übersicht über die neuen Kohlenpreise, die ab 1. April in Kraft getreten sind, nachdem der Reichstag der Ermäßigung der Kohlensteuer auf 30 Proz. seine Zustimmung erteilt hatte. Für den nicht erfolgten Preisbau wurde, solange der Kurswert der Mark hin- und her schwankte und seine abwärts gleitende Tendenz beibehielt, zunächst die Markentwertung, die Frachtarife und die hohen Kohlenpreise neben den hohen Löhnen als Hauptgrund angeführt. Nachdem nun die Kohlensteuer um 10 Prozent herabgesetzt wurde und auch die Kohlenpreise eine Senkung erfahren haben, nachdem ferner seit dem 15. Februar keine Frachtariferhöhung vorgenommen, ebenso der Kurswert der Mark keine Änderung erfuhr, außerdem die Löhne kaum gesteigert wurden, bleiben die Preise nicht nur nicht konstant, sondern gehen, wie aus der amtlichen Indices hervorgeht, noch weiter in die Höhe. Die Kohlenhändler weigern sich zum Beispiel durch allerlei Einwände, den Preisabbau soweit mitzumachen, wie er durch die Herabsetzung der Kohlensteuer und des Kohlenpreises eingeleitet ist — obwohl für die weitere Hochhaltung der Preise nicht die leiseste Berechtigung besteht. Als die Preise die umgekehrte Richtung nahmen, drängten die Kohlenhändler, daß auch für die auf Lager liegenden Vorräte die neuesten bedeutend erhöhten Preise gefordert werden dürfen. Wenn man die Märkte verfolgt, gehen auch in Nachbarstädten den Redaktionen Klagen zu, wonach verschiedentlich Händler sich weigern, die Kohlen zu den herabgesetzten Preisen abzugeben. In einer solchen Zuschrift wird der Mannheimer Ortskohlenfleute zum Vorwurf gemacht, daß sie bis heute noch nicht die neuen Preise festgesetzt und veröffentlicht hat. Es hat allen Anschein, als müßte es tatsächlich so sein, daß von dieser erheblichen Kohlenpreissenkung beim Verbraucherpreis nichts zu merken sein wird, weil die Verbilligung nicht dem Verbrauch, sondern dem Handel zugute kommt. Und kommt die Senkung der Kohlenpreise nicht auch den Kohlenverarbeitenden Industrien, den Gas- und Elektrizitätswerken zugute? Die Frage wird scheinbar lediglich durch die monatliche Gas- und Stromrechnung dem Fragesteller beantwortet. Es hat ja einmal, gelegentlich

einer Stadtratsitzung gelehrt, daß die Karlsruher Stadtbewehrung im Gegensatz zu einer Reihe anderer Städte, die notwendig waren, ihre Preise abermals zu erhöhen und die Karlsruher Preise erheblich zu überschreiten, diesmal die bisherigen Preise beibehalten kann. Aber man beachte, daß noch ganz andere Großstädte wie die Landeshauptstadt Karlsruhe — wir nennen Berlin — es verstanden haben, die Preise ab 1. April erheblich herabzusetzen.

Geben die städtischen Behörden keinen Blick für diese unsinnige Höhe der derzeitigen Gas- und Stromrechnungen? Für eine mittlere Familie beträgt doch eine solche Rechnung immerhin ca. 75 000 M. pro Monat. Das sind für einen Familienvorkind bereits Zahlen, die das rechte und gerechte Maß bei weitem überschreiten. Bei einem Durchschnittseinkommen von monatlich 300 000 Mark wird allein durch Gas- und Stromrechnung der vierte Teil des Monats Einkommens verschlungen. Was wollen da die Rentner und die ärmsten der Armen machen, die doch oft kaum so viel Rente oder Einkommen erhalten, als diese einzige Rechnung von ihnen fordern würde? Die Gas- und Strompreise nehmen keine Rücksicht auf Arm oder Reich, der Preis pro Kubikmeter bleibt derselbe und hohen müssen die Armen ebenso wie die Empfänger höherer Monatsentlohnungen. Es muß da endlich irgend ein Ausweg gefunden werden, da diese Zustände so nicht bleiben können. Auch die anfangs erwähnte Kohlenpreiserhöhung dürfte für die betreffende Verwaltung nicht zu einer hohen Band werden, hinter der sie sich mit ihrer praktischen Antwort verfangen wird. Wir wollen sehen und weiter — abwarten, was geschieht. . . .

Anlässlich der Kapitalerhöhung der Redar-A.G. auf 3160 Millionen Mark und des gleichzeitigen Verschusses zur Ausgabe von Schuldscheinen im Betrage von 8 Millionen Mark, die inzwischen seitens Württembergs genehmigt wurden, wird in badischen und württembergischen Zeitungen des Reichslandes energisch der Weiterbau in der stillgelegten Stauffuse Feudenheim — Ibesheim gefordert.

Zur Begründung werden, wie die Mannh. Blätter berichten, in erster Linie die Behinderungen und Kosten angeführt, die für die Redarschiffahrt dadurch entstehen, daß nach Fertigstellung der angrenzenden Stauffuse Weiblingen-Schwabenheim die zu Berg fahrenden Schiffe von Mannheim bis Schwabenheim den Ketten- und Seilseilern, von da im Kanal Einzelseilern und dann wieder von Heidelberg an den Ketten- und Seilseilern benutzen müssen. Werden beide Stauffusen gleichzeitig fertiggestellt, so fällt das wiederholte, zeitraubende Zusammenstellen der Schlepplätze in Mannheim und Heidelberg weg, von Mannheim bis Heidelberg benutzen die Schiffe die zahlreich in Mannheim anliegenden kleinen Schraubenseilwerke, die dann auch für die Tal- und Bergschiffahrt zur Verfügung stehen. Besonders wird auch darauf hingewiesen, daß der langsame Ausbau des Schiffahrtsweges Mangel an geeignetem Schiffsraum erzeugt, da der Redarschiffahrer seine kleinen Schiffe durch 1000 bis 1200-Tonnen-Schiffe ersetzen müsse, um erwerbsfähig zu bleiben. Der Zweck des Redarals, die Schiffahrt zu fördern, dürfe nicht hinter dem Gesichtspunkt der Ausnutzung der Wasserkraft zurückbleiben.

Auch für Mannheim und seine Umwohner ist, wie die „N. W. Ztg.“ schreibt, die Frage der Stilllegung von Bedeutung, da Arbeitsgelegenheiten und Verdienstmöglichkeiten in größerer Zahl aufgehoben werden, und das in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit sich ständig vermindert, und immer größere Kreise auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen werden. Die städtischen Behörden haben also Verantwortung, neben ihren Plänen für Poststandsarbeiten auch auf die Wiederaufnahme der Arbeiten bei Schwabenheim-Feudenheim hinzuwirken und die Befreiungen der Schiffahrt zu unterstützen.

Auf einen weiteren Grund für die Wiederaufnahme der Arbeiten wird in den Mannheimer Zeitungen hingewiesen. Es ist der überaus schlechte Eindruck, den die Ruinen des Kanalbaues bei Feudenheim und Ibesheim auf die Anwohner, besonders unsere Jugend hervorgerufen müssen. Es widerspricht deutschem Wesen, etwas anzusehen und es dann halbfertig liegen zu lassen. Deutscher Art entspricht die Selbsthilfe, die die Stadt Gillingen organisiert will, um die Kanalarbeiten in der dortigen Gegend fertigzustellen. Sollte daher die Redar-Abteilung es wider Erwarten tatsächlich bei der Einstellung der Arbeiten belassen, so müßte erwogen werden, ob nicht die Stadt Mannheim von sich aus diese gegen Entschädigung durch die entstehende Wasserkraft forsetzt.

Nochmals „Auferstehung“.

Die Aufführung von Heinrich Heines „Auferstehung“ im Landestheater ist von der gesamten hiesigen Kritik als überflüssig, das Stück selbst als unzulänglich bezeichnet worden. Unser eigener Kritiker, Prof. Dr. Holt, hat in seiner diesbezüglichen Besprechung auch einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht, denen wir nur zustimmen konnten. Jetzt sehen wir, daß der Kritiker des „Badischen Beobachters“, Herr G. L. M., in dieselbe Kerbe haut. Wir halten auch diese Ausführungen für bedeutsam genug, um sie hier zum Ausdruck zu bringen. Sie lauten:

Der Autor des Stückes ist Schauspielkritiker an einem Karlsruher Blatt. Dies vorweggenommen, mag sich die Intendanz des Landestheaters, unter deren Verantwortlichkeit diese Dinge fallen, zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden; entweder verfügt die verantwortliche Instanz auch nicht über das bescheidene Maß von literarischem Urteilsvermögen oder dieses Urteilsvermögen ist vorhanden und das Stück wurde unter Ausschaltung der literarischen Qualifikation trotzdem angenommen aus Gründen, über die wir uns hier nicht in Vermutungen ergreifen wollen. Eines ist so schlimm wie das andere, das letztere wäre wohl noch bedauerlicher, weil es nüchtern und rücksichtslos mit der gebührenden Bezeichnung belegt, ein Schlaglicht auf Zustände werfen würde, die höchst bedauerlich und für die künstlerische Zukunft unserer Bühne besorgniserregend sind. Mit der gebotenen rücksichtlosen Offenheit stellen wir fest, daß die Schuld an diesen Zuständen die Leitung des Landestheaters und einen Teil der Kritik gleichermaßen trifft. Denn es muß zu einer völligen Auflösung und Verwischung der für die Kritik unerlässlichen Distanz zu den zu beurteilenden künstlerischen Leistungen führen, wenn fortgesetzt Stücke von hiesigen Kritikern zur Annahme beim Landestheater kommen. Wir haben gar nichts dagegen vorzubringen, wenn solche Stücke, nachdem sie außerhalb der Heimat ihres Autors die Feuerprobe bestanden haben, auch hier aufgeführt werden; es scheint uns dann nach dieser Seite sogar eine gewisse Verpflichtung vorzuliegen. Mehr Reserve lautet die Forderung, die man im Interesse des Ansehens unserer Landesbühne nach beiden Seiten richten muß. (Im Falle der Vollständigkeit des Stückes bereits, bevor der Verfasser Theaterkritiker wurde, von der Intendanz zur Aufführung angenommen worden sein. Doch ändert das an der

Seit bald drei Wochen fahren die Franzosen aus Offenburg, das als Eisenbahnknotenpunkt ein großes Kohlenlager besitzt, der Reichsbahn gehörenden Kohlen, etwa 50 000 Tonnen, ab. Desgleichen beginnen die Franzosen, die Ausbesserungsarbeiten des Bezirks und die dazu gehörigen Magazine auszubauen. Der Wegnahme des Rohmaterials, des Oels und des Kleinwerkzeugs folgt nun das Verladen der großen Maschinen. Für diesen Zweck wurden, wie wir einmal kurz berichteten, zu den vorhandenen bahneigenen Ladefranco noch drei Kranen aus Straßburg gebracht. Welche Werte in den Magazinen und Werkstätten enthalten sind, zeigt folgende Aufstellung nach Friedenspreisen:

Der Wert der Kohle beträgt mindestens 1 250 000 Goldmark, der des Oels, Karbids, Brennholzes und Werkholzes 240 000 Goldmark, Werkmetalle 450 000 Goldmark, sonstigen Rohstoffe 100 000 Goldmark. Der Maschinenpark des Ausbesserungswerks besteht aus etwa 250 besten Werkzeugmaschinen in Werte von etwa 1 000 000 Goldmark. (Es sind darunter Spezialmaschinen, von denen heute eine einzige etwa 50 Millionen kosten würde.) Das übrige hochwertige Handwerkszeug würde etwa 700 000 Goldmark kosten. An rollendem Material wurden bisher über 40 Waggon und mindestens zwanzig große Lokomotiven abgesehen. Unter diesen befinden sich neue Schnellzugmaschinen IV f. (Friedenswert der einzelnen 140 000 Mark), IV h. (230 000 Mark) und schwere Güterzugmaschinen G 12 (200 000 Mark), VIII e (125 000 Mark). Der Gesamtmarkt der verschleppten Lokomotiven ist mindestens 2 800 000 Goldmark.

Den heutigen Preis kann man leicht errechnen, wenn man den Friedenspreis mit der Nachziffer für den Großhandelspreis (zurzeit 8500) vervielfacht. Rechnet man zu diesen direkten Verlusten die indirekten, wie sie durch den Ausfall und die Umleitung der Züge entstehen, so ergibt sich in diesem kleinen Bezirk eine geradezu ungeheuerliche Rechnung.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 13. April.

Die Novelle zum Grund- und Gewerbesteuergesetz wurde nachmittags in der Einzelberatung erledigt. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) und Mair-Geidelberg (Soz.) der ersterem Sabotageabsichten vorwarf, als er nochmals zu seinem Antrag sprach. Nach Ablehnung aller weitergehenden Anträge wurden die Ausschlußbeschlüsse angenommen. Der Paragraph, der eine Erhöhung des Steuerwertes vorsieht, erfährt in den höheren Stufen eine kleine Änderung, ebenso der Paragraph betr. die Erhöhung des Steuerwertes. Der Vorlage im ganzen stimmte das Haus mit allen gegen 13 Stimmen (Vollpartei, Deutsche nationale und Kommunisten) bei 7 Enthaltungen (Landbund) zu.

Es folgte ein eingehender Bericht des Abg. Dr. Glöckner (Dem.) über die Wohnabgabe. In der Aussprache erklärte zunächst Abg. Dr. Schöfer (Str.), daß die Auffassung in seinen Reihen geteilt sei. Er persönlich werde trotz der schweren Opfer, die sie dem Volke auferlegt, für die Vorlage stimmen. Durch die Förderung des Bauwesens treten wir der Arbeitslosigkeit entgegen und beheben wir die Sorgen der kleinen und mittleren Handwerker. Der Redner betonte eindringlich auf die moralischen Gefahren des Wohnungslebens.

Abg. Dr. Hanemann (Dsp.) bezweifelt, daß der beschriebene Weg zum Ziele führe und wendet sich dagegen, daß Baden höhere Sätze wie das Reich erhebt.

Abg. Graf (Soz.) wärs genügend Wohnungen vorhanden, so könnte auf dem Gebiete der sozialen Hygiene viel gearbeitet werden, aber auch staatspolitisch im Sinne der Erhaltung von Ruhe und Ordnung ist die Wohnungsfrage wichtig. Wir haben alle die Pflicht, lindernd einzugreifen. Es wäre Vogelstrauspolitik, zu sagen, daß die Wohnungsabgabe zu hoch sei. Gätten wir die Zwangswirtschaft aufgehoben, so wäre das Chaos weit größer und der Mietpreis unerschwinglich.

Abg. von Ku (Landbund) hält im Gegensatz zum Vorredner den allmählichen Übergang zur freien Wirtschaft für unbedingt geboten, wenn wir aus der Wohnungsnot herauskommen wollen. Die Zwangswirtschaft habe den Neubau verhindert. Durch die Abgabe werden wir die Not niemals bannen können. Die private Bautätigkeit muß eingreifen. Daneben dürfen wir die alten Häuser nicht zugrundegehen lassen.

Abg. Bock (Komm.) stimmt der Vorlage zu unter der Voraussetzung, daß alle die von der Abgabe befreit werden, deren Einkommen nicht mindestens dem amtlichen Index entspricht.

Nichtigkeit der hier geäußerten, prinzipiellen Auffassung nichts. (Neb.)

Nach ein weiterer Punkt wäre zu berühren: Der hier vorliegende Entwurf an künstlerischer Kraft und materiellen Mitteln ist sehr erheblich. Sieht die Leitung des Landestheaters tatsächlich keine anderen Aufgaben, die solchen Aufwand von vornherein zu verlocken besprechen? Der Kontakt unserer Bühne mit dem geistigen Leben der Zeit ist so gut wie nicht vorhanden. Es gäbe hier Erläuterungen nachzuholen, deren Erfolg fraglos sichergestellt wäre. (Wir denken an wenigstens einen Weimarer, an Brises, Raquet, Anruh, Werfel.) Bangt man davor, dann möge man sich darauf besinnen, daß Strindberg hier erst mit einem beträchtlichen Wert aufgeführt worden ist. An der Wirtschaftlichkeit solcher „Bagnisse“ ist (zumal bei der gewiß nicht kleinen, sondern hilfsbereit entgegenkommenden Haltung der beiden Besucherorganisationen) gar nicht zu zweifeln, sehr im Gegensatz zu dieser Morgenfeier, deren größte Gelehrten- und Künstlerdisputation sich darin erschöpfte, ob und inwiefern und zu Lasten welcher Verantwortlichkeit die Licht- und Schatten durch die Tageslässe bestreiten sein möchten. . . .

Eine Nicht-Gebensabgabe. Zur 100. Wiederkehr des Geburtstages des Kulturhistorikers Wilhelm Heinrich Mehl (geb. 6. Mai 1823) erschien im Verlag Eugen Dieckmann in Jena eine volkstümliche Auswahl der wesentlichen seiner kulturhistorischen und soziologischen Arbeiten unter dem Titel: „Von deutschem Land und Volk.“ Mit dieser Ausgabe, in der der Herausgeber Paul Baumert mit der Einleitung ein Gesamtbild von Mehls Wesen gibt, tritt dieser erste Geschichtsschreiber unseres Volkstums, zugleich eine überaus bedeutende Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts, in neuem Gewande vor das deutsche Volk als ein Mahner zur Selbstbeurteilung. Der Preis der Ausgabe ist in Pappeband 7, in Halbleinen 8 Mark Einwertungsabgabe des Buchhandels.

Der „Drei-Marken-Verlag M. G. Münch.“ hat ein neues wertvolles Bündchen „Ludwig Thullie“ von Dr. Friedrich Wunter (Sammlung zeitgenössischer Komponisten) herausgegeben, welches anlässlich des bevorstehenden Sonaten-Abends Dr. Wunter unsere Leser interessieren dürfte.

Abg. Frau Bernahs (D. Vpt.) und Abg. Hoffmann (Dem.) erklärten sich mit der Abgabe gleichfalls einverstanden.

Abg. Dr. Höhr (Str.) wies auf die in die Vorlage hineingearbeiteten sozialen Klauseln hin.

Abg. Mager (Dsp.) trat für die freie Bauweise ein.

Arbeitsminister Dr. Engler rechtfertigte die Wohnabgabe, wobei er sich mit den einzelnen Rednern auseinandersetzte. Wer ohne Zuschuß baue, dürfe über sein Haus nach den bestehenden Bestimmungen frei verfügen.

Damit war die allgemeine Aussprache beendet.

In der Einzelberatung empfahl der Berichterstatter Abg. Dr. Glöckner folgenden Kompromißvorschlag: Es werden erhoben im ersten Vierteljahr 1923 monatlich 10 Prozent des Steuerwertes, im zweiten Vierteljahr monatlich 20 Prozent, im dritten Halbjahr monatlich 30 Prozent, im ganzen also 270 Prozent (nach der Regierungsvorlage 315 Prozent). Diese Fassung bedeutet, daß die Abgabe rückwirkend nicht erhöht wird.

Das Haus stimmte mit Mehrheit zu.

Die gesamte Vorlage wurde gegen 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Aber die Befreiung von der Abgabe soll nach dem Wunsch des Hauses nicht in die Vorlage aufgenommen werden. Annahme fand ferner ein Antrag Mair-Geidelberg (Soz.), aus dem Holzerlös der Domänenverwaltungen Mittel für Beamtenwohnungen bereit zu stellen. Hierzu hatte Finanzminister Köhler erklärt, daß er gegen den Antrag keine Bedenken habe. Es komme ganz auf den Umfang des Holzerlöses an, der in den letzten zwei Monaten gleich Null war.

Darauf wurden die Vorlagen betreffend die Grund- und Gewerbesteuer und die Wohnabgabe auch in zweiter Lesung erledigt.

Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß gegen 10 Uhr.

Badische Übersicht.

Mannheim.

Berücksichtigung der Zollsperrung. — Kautionsforderungen für Fuhrwerke.

Seit gestern früh 1/8 Uhr sammelt sich vor dem französischen Zollamt an der Rheinbrücke eine große Anzahl Fuhrwerke an, die dort von den Franzosen angehalten werden. Soweit bisher in Erfahrung gebracht werden konnte, wird mit dieser Maßnahme eine Verhärterung der Zollsperrung bezweckt. Während bisher nur von der Ladung der Fuhrwerke eine Abgabe verlangt wurde, müssen nun die Wagenführer eine Bescheinigung einer Kautions in ziemlich hohem Betrage (wahrscheinlich 10 Prozent) vom Werte des Wagens abgeben. Diese Verfügung betrifft die aus der Pfalz über die Rheinbrücke nach der badischen Seite gehenden Gefährte; die in Ludwigshafen einkehrenden Fuhrwerke müssen sich dagegen in ein Verzeichnis eintragen lassen. Weiter wird noch berichtet: Bei der Fuhrwerksperre, die heute früh an der Rheinbrücke festzustellen war, handelt es sich nicht um eine Zollabgabe, sondern, wie schon aus unserer Vorberichterstattung hervorgeht, um die Hinterlegung einer Kautions, die aus dem besetzten nach dem unbefestigten Gebiet fahrende Fuhrwerke in Höhe von 10 Prozent ihres Wertes, der französischen Zollbehörde hinterlegen. Der Zweck der Maßnahme ist die Verhütung der Fortschaffung von Fahrzeugen aus dem besetzten Gebiet. Über die Hinterlegung der Kautions wird eine Bescheinigung ausgestellt, die den Inhaber berechtigt, ein Vierteljahr lang ungehindert aus- und einzufahren. Nach Ablauf dieser Frist kann der Erlaubnischein erneuert werden. Die aus dem unbefestigten Gebiet einkehrenden Fuhrwerke müssen sich bei der Zollstelle an der Rheinbrücke in eine Liste eintragen lassen, dann können sie auf Grund der erhaltenen Bescheinigung jederzeit ungehindert wieder zurückfahren.

Nicht richtig ist es, daß die französische Wache aus dem Bureau des Verbandes der Binnenschiffer zurückgezogen wurde; im Gegenteil haben sich die Franzosen dort häuslich eingerichtet, indem sie Strohhäcke herbeischafften und für Schlafgelegenheit sorgten.

Rheinau.

Aus dem Lager der „Manimex“, Mannheimer Import- und Exportgesellschaft m. B. S. für Holzhandel und Industriebedarf in Rheinau haben die Franzosen über 2 Kubikmeter Bretter im Werte von über 900 000 Mark mit einer Fuhr weggeführt. Infolge der Besetzung hat die Firma keinen Lagerverwalter mehr auf ihrem Lager. Der französische Offizier, der die Wegfuhr veranlaßte, ließ daher den Hafenmeister kommen, der die Stückzahl der weggeführten Bretter aufnehmen mußte. Wie inzwischen verlautet, sollen aus dem Holz Bretten für die in der Sunlicht-Seifenfabrik einquartierten Truppen gemacht werden. Der französische Offizier erklärte dem Hafenmeister, daß die Bretter von den Truppen bezahlt würden.

Seit einigen Tagen ist das an der Mühlwälderstraße liegende Lagerhaus des badischen Bauernvereins, die sogenannte Bauernhalle in Rheinau, das als Umschlagplatz des Vereins dient, von den Franzosen in das besetzte Gebiet einbezogen worden.

Gegen Schmutz und Schund im Film.

Auf Antrag des badischen Ministeriums des Innern hat die Filmoberprüfstelle die Aufführung des Films „Die Geisha und der Samurai“ (hergestellt von der Firmament-Gesellschaft für Filmfabrikation in Berlin) verboten. Der Film, dessen Durchführung vor Jugendlichen bisher schon unterjagt war, bringt in schundhafter Weise ohne jede abschreckende Tendenz, vielmehr unter Betonung der erotischen Seite, den Untergang einer Rorophinitin zur Darstellung.

Entgleisung in Wyhlen.

Bei Einfahrt des Personenzugs 1652 in den Bahnhof Wyhlen der Rheintalbahn entgleiste am 13. April der unbefestete dritte Personenzug auf der Eingangsweiche. Reisende sind nicht verletzt. Ein Gleis konnte um Mitternacht freigemacht werden, das zweite war Samstag vormittag wieder befahrbar.

Waldbrandgefahr.

PA. Zwischen Ostern und Pfingsten lockt die wärmere Witterung und größere Trockenheit, zumal nach der langen Regenzeit, zu gesteigertem Ausflugsverkehr in die Waldungen. Gleichzeitig ereignen sich aber leider auch jährlich gerade in dieser Zeit zahlreiche Waldbrandfälle durch Unvorsichtigkeit Erwachsener oder unbedachte Ausflüge Jugendlicher.

Das Feuermachen im Walde ist zwar durch Gesetz allgemein verboten, doch ist es dem Aufsichtspersonal oft nicht möglich, an Hauptwanderwegen überall zur Stelle zu sein, um die gesetzlichen Vorschriften durchzusetzen. Es muß daher auf das verständnisvolle Mitwirken aller echten Naturfreunde beim Waldschutz gezählt werden. Der Nachzügler rücksichtsvoller Wanderer dürfte es gelingen, in Verbindung mit dem Aufsichtspersonal leistungsfähigen oder böswilligen Treiben entgegenzutreten.

